

(Abgeordneter Miksch [Deutsch].)

(A) und weiter seinen Einfluß im Reiche dahin geltend zu machen, daß weiter eine Politik getrieben wird, die dahingeht, daß unser deutsches Volk innerhalb der ganzen Welt nicht nur der Amboß, sondern auch der Hammer sein wird. Wenn das geschieht, dann wird aus dem blutgetränktem Europa nach einer Zeit der Not und des Elends, nach einer Zeit der Tränen und des Herzeleid's auch für unser sächsisches Volk in einer Zeit der ernstesten Arbeit, aber gerade durch die letztere, sich auch das Morgenrot eines neuen Glückes am jetzt noch mit Wolken verhangenen Himmel zeigen.

(Lebhaftes Bravo! bei den Demokraten und rechts.)

Präsident: Das Wort hat Herr Vizepräsident Lipinski.

Vizepräsident Lipinski: Meine Damen und Herren! Das Ministerium, das sich am Donnerstag der Volkstammer und dem Lande vorgestellt hat, ist eine reine Parteiregierung. Deshalb ist es notwendig, klar zur Regierung Stellung zu nehmen und zugleich klar Stellung zu nehmen zu den Parteien der Rechten dieses Hauses. Diesen Gegensatz klarzustellen, kein Vertuschen zu treiben, ist eine absolute Notwendigkeit, um die Arbeitsmöglichkeit im Parlament klarzustellen. Deshalb wird (B) es notwendig sein, daß nicht nur auf die Gegenwart, sondern auch auf die Vergangenheit Rücksicht genommen werden muß. Das ist deshalb notwendig, weil unser Verhalten als Partei zu der gegenwärtigen Regierung sonst nicht verständlich wäre.

Die Sozialdemokratie war vor dem Kriege eine einheitliche Partei. Sie war Gegnerin des Krieges und sie sah den Weltkrieg kommen. Sie hat aber nicht nur den Weltkrieg kommen sehen, sondern unsere Führer haben auch auf die Folgen des Weltkrieges, der kommen würde, bereits im Jahre 1905 aufmerksam gemacht. Unser Genosse Bebel war es, der in der Reichstags-sitzung vom 7. Dezember 1905 ausführte:

Lassen Sie aber einmal einen Seekrieg zwischen England, Frankreich und uns ausbrechen, so ist mit einem Schlage unsere Einfuhr und Ausfuhr weg. Es tritt mit Notwendigkeit eine furchtbare Teuerung aller Lebensmittel ein. Es entsteht Arbeitslosigkeit und Elend im höchsten Grade.

Meine Herren! Was Ihnen beim Weltkrieg so außerordentlich neu war, die Blockade und ihre Folgen, das hat unser Parteifreund Bebel Ihnen klar und deutlich im Reichstag gesagt. Er hat aber dabei recht wenig Gläubige auf Ihrer Seite gefunden.

Weil die Sozialdemokratie Gegnerin des Krieges war, war sie auch Gegnerin des Imperialismus, d. h.

des Strebens nach Weltherrschaft des Kapitals, weil der Imperialismus gerade die Quelle des Krieges ist und die Quelle des Weltkrieges war. (C)

Die Sozialdemokratie hat klar zum Kriege Stellung genommen auf ihren internationalen Kongressen in Stuttgart, Kopenhagen und Basel; sie erklärte, daß alles daran gesetzt werden mußte, um den Krieg zu verhindern, und wenn das nicht gelinge, dann müsse alles daran gesetzt werden, dem Kriege sobald als möglich ein Ende zu machen. Diese Beschlüsse sind von der Sozialdemokratie in Deutschland nicht eingehalten worden. Die deutsche Sozialdemokratie erklärte den Krieg für einen Verteidigungskrieg. Sie stellte sich zum Teil auf den Standpunkt, wenn das Haus brenne, dann müsse man versuchen, den Brand zu löschen. Sie hat verkannt, daß die Imperialisten daran waren, durch den Krieg das leidlich gefügte deutsche Haus gewaltfam auszudehnen und damit das Haus in Trümmer zu schlagen. Der Zusammenbruch ist gekommen. Den Zusammenbruch haben wir erlebt, und die Debatten, die wir heute führen, sind ja Folgen dieses Zusammenbruchs.

Vielleicht wird heute noch von den Sozialdemokraten der Krieg als ein Verteidigungskrieg angesehen. Da möchte ich auf eine neuere Publikation aufmerksam machen, die im „Journal des Debats“ steht und zwei Depeschen enthält, die der österreichisch-ungarische Botschafter in (D) Berlin nach dem Auswärtigen Amt in Wien gesandt hat.

(Abg. Fleißner: Die unterschlagen worden sind!)

Diese beiden Depeschen sind außerordentlich wertvoll. Sie lauten:

Berlin, den 25. Juli 1914.

Hier herrscht allgemein die Überzeugung, daß Serbien das Ultimatum zurückweisen wird und wir sofort mit der Kriegserklärung und mit dem Beginn des Feldzugs antworten müssen. Wenn sich auch eine andere Macht einmengen sollte, so können wir trotzdem den Feldzug nicht mehr verzögern. Man rät mir dringend, wir sollen zu handeln beginnen, um die Welt vor eine abgeschlossene Tatsache zu stellen.

(Hört, hört! bei den Unabhängigen.)

Die zweite Depesche vom 27. Juli 1914 lautet:

Der deutsche Staatssekretär hat mir unter Geheimhaltung mitgeteilt, daß an Exzellenz wahrscheinlich in kurzer Zeit ein englischer Vermittlungsvorschlag eintreffen wird. Die deutsche Regierung erklärt auf das bestimmteste, daß sie an dieser Aktion überhaupt nicht teilnehmen wird und protestiert dagegen, daß dieser Vermittlungsantrag berücksichtigt werde. Man teilt mir dies bloß deswegen mit, weil es die englische Regierung so wünscht.

(Hört, hört! bei den Unabhängigen.)

(A)

(D)